



► Kolumne
► Europafest in
Künzelsau

Seite 1

► Aktuelles aus dem
Europäischen
Parlament

Seite 2

► Aufgelesen
► Termine
► Impressum

Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Stimmung ist schlecht. Steigende Angst geht um. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage.

Am meisten fürchten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, dass die Staatsschulden nicht mehr zu bewältigen sind. Dann folgt die Angst vor unsicheren Renten und schon an dritter Stelle die Sorge, dass die Politiker mit den Problemen überfordert sind.

Hilflose Politiker bereiten den Menschen mehr Sorgen als die Gefahren keiner vernünftigen Ausbildung, der Verschlechterung der Umwelt und steigender Arbeitslosigkeit. Mit unterschiedlicher Lautstärke schrillt diese Alarmklingel in ganz Europa.

Was tun? Um vom fatalen dritten Platz wegzukommen, brauchen Politiker mehr Vertrauen. Die in den Regierungen genauso wie die in den gewählten Parlamenten. Sie erwerben es nur, wenn ihnen die Bürgerinnen und Bürger abnehmen, dass sie für die Menschen mit ihren Sorgen da sind und nicht in erster Linie für Probleme der Wirtschaft.

Die Umfrage beweist es: Die Wirtschaft kommt erst einmal auf Platz acht vor. Davor stehen die Menschen.

Ihre



Evelyne Gebhardt konnte zahlreiche Gäste bei ihrem 16. Europafest in Künzelsau begrüßen.

Europafest ein Erfolg

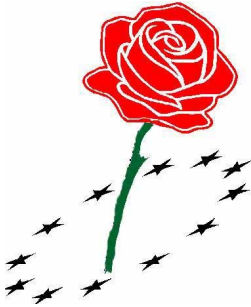
Straße gesperrt, Zwei Zelte drauf. Tische und Bänke drunter. Alles fertig für Evelyne Gebhardts Europafest in Künzelsau. Das 16. bei schönstem Sommerwetter.

Es gibt schon Stammtische zu Gesprächen bei Kaffee und Kuchen, Limo, Bier und Wein. Es gibt auch viele neue Gesichter. In diesem Jahr kamen auch zwei von sechs Kandidaten, die in Künzelsau Bürgermeister werden wollen. Warum nicht die An-

ziehungskraft der Europaabgeordneten nutzen, um sich selbst Wählerinnen und Wählern zu präsentieren?

Die meisten Gäste waren allerdings keine Wähler aus der Kreisstadt, kamen zum Teil weit her. Auch Journalisten mit Neugier auf den entspannten Teil der Abgeordnetenarbeit. Der Oberbürgermeister von Schwäbisch Hall und der betreuende Landtagsabgeordnete spitzten die Ohren beim Blick auf europäische Aktualitäten in der Begrüßungsrede.

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Eine Wirtschaftsregierung brauche Europa, forderte die Abgeordnete darin und mahnte bei den Politikern den Abbau der Europaskepsis an: „Wir müssen zeigen, dass die Bürger etwas von unserer Politik haben. In anderen Teilen der Welt beneidet man uns.“

CDU-Mann schießt am Ziel vorbei

Nachdem der Berichterstatter der Konservativen im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes seinen Berichtsentwurf zu den Verbraucherrechten vorgestellt hat, kündigte Evelyne Gebhardt Widerstand gegen die damit geplante Verwässerung des Verbraucherschutzes in Europa an. „Da kann ich mit meiner Fraktion nicht mitmachen“, unterstrich die sozialdemokratische Koordinatorin für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

In Deutschland etwa soll nach den Plänen des CDU-Berichterstatters die derzeit bestehende Pflicht des Verkäufers, Allgemeine Geschäftsbedingungen auf Wunsch des Verbrauchers vor Vertragsschluss ausgehändigt zu bekommen, künftig erschwert werden. Auch in Frankreich und Großbritannien würde der bestehende Verbraucherschutz nach dem jetzt vorliegenden Berichtsentwurf, etwa im Gewährleistungsrecht, beeinträchtigt werden.

„Außerdem hätten die Mitgliedsstaaten in Bereichen, die von der Verbraucherrechtsrichtlinie aufgenommen werden sollen, zu-

künftig die Möglichkeit, Regelungen einzuführen, die weit unter dem Europäischen Standard zurück blieben“, erläuterte die Binnenmarkt-Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Evelyne Gebhardt.

„Mit dem vorgelegten Berichtsentwurf hat die EVP ihre Maske fallen lassen“, machte Gebhardt deutlich. „Sie will nicht mehr, sondern weniger Schutz für die Verbraucher und Verbraucherinnen Europas und verfehlt damit das Ziel der neuen Verbraucherschutz-Richtlinie.“

Arbeitnehmerrecht so viel wert wie Binnenmarkt

In einem offiziellen Newsletter der EU-Kommission wird aufgefordert, deutsches Arbeitsrecht zu umgehen. „Mir fehlen die Worte!“, empörte sich die sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsexpertin im Europäischen Parlament, Jutta Steinruck, über den Auszug aus dem Newsletter der EU-Kommission, in dem die Umgehung deutschen Arbeitsrechts durch Scheinselbständigkeit als Erfolgsstory verkauft wird.

Im vorliegenden Artikel beschreibt eine tschechische Arbeitgeberin explizit, dass die Anstellung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu den Bedingungen in Deutschland zu teuer sei. Nach deutschem Recht gehören neben einer Arbeitserlaubnis für entsendete ausländische Arbeitnehmer angemessene Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz und Sozialleistungen wie für ein normales Beschäftigungsverhält-

nis. Um diese Kosten zu umgehen, werden Ausländer oft als Selbständige bei den Handelskammern in Deutschland angemeldet. „Da wird ein zwielichtiges Handeln im Graubereich als Erfolgsstory verkauft. Das aber ist kein Erfolg, sondern ein Skandal“, so Jutta Steinruck.

„Das zeigt deutlich, wie wichtig die Revision der Entsenderichtlinie ist. Auf europäischer Ebene muss zukünftig gelten: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort.“ die Abgeordnete verlangte auch, dass eine Soziale Fortschrittsklausel in das Recht der Europäischen Union aufgenommen werden muss: „Nur so kann sichergestellt werden, dass der soziale Schutz und die Rechte der Arbeitnehmer gleich viel wert sind wie die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt.“

Künftig weniger Angst vor Giften

Insektenspray und Haushaltsreiniger sollen in Zukunft strenger kontrolliert werden und höheren Sicherheitsansprüchen genügen. Für eine entsprechende Verordnung hat sich der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel ausgesprochen. Verbraucher sollen künftig durch klare Kennzeichnungen besser darüber informiert werden, ob Produkte, mit denen sie in Berührung kommen, mit Giftstoffen behandelt wurden.

„Anwender und Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass in der EU verkaufte Produkte unbedenklich sind und

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

vor allem für Kinder und andere gefährdete Gruppen keine Gefahr darstellen“, sagte Jo Leinen, SPD-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Umwelt- und Gesundheitsausschusses im Europäischen Parlament.

Klare Angaben soll es zukünftig auch zum sachgerechten Gebrauch von Biozidprodukten geben. Beispielsweise muss klar verständlich sein, wie Rattengift sicher zu handhaben ist.

Um vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen Bürokratielasten zu ersparen, hat sich der Ausschuss für eine umfangreiche EU-weite Zulassung ausgesprochen. „Nur EU-weite Mindeststandards können garantieren, dass Verbraucher überall in der EU ein einheitliches Schutzniveau erwarten können“, erklärte Jo Leinen abschließend.

Wenig Freude an den Nacktscannern

Klare Vorbehalte äußerten die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel und Knut Fleckenstein gegenüber dem Versuch der EU-Kommission, die umstrittenen Nacktscanner nach europäischem Recht zu erlauben. Kommissionsvertreter hatten den Mitgliedern des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament einen Bericht vorgestellt, in dem die Kommission für EU-weite Standards bei der Einführung von so genannten Körperscannern wirbt. Ob Nacktscanner tatsächlich aufgestellt werden, sollen aber laut Kommission die Mitgliedstaaten selber entscheiden.

Die innenpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, Birgit Sippel äußerte grundsätzliche Bedenken zum Einsatz von Nacktscannern: „Solange kein deutlicher Sicherheitsgewinn nachgewiesen werden kann, lehne ich es entschieden ab, Bürgerrechte und Datenschutz einzuschränken.“ Sie nimmt damit auch Bezug auf die von Datenschützern geäußerte Kritik, dass der Persönlichkeitsschutz der Flugpassagiere bislang nicht ausreichend gewährleistet sei.

Birgit Sippel: „Wir brauchen einen Gesamtansatz, der ein effizientes und logisches Sicherheitsnetz erlaubt. Die Kommission hat uns die Bewertung aller bereits vorhandenen Sicherheitsmaßnahmen versprochen. Erst nach Vorlage sämtlicher Informationen können wir entscheiden, welche weiteren Maßnahmen wir benötigen oder ob nicht sogar manche überflüssig sind und zurückgenommen werden sollten“.

Europa braucht einen Finanz-TÜV

„Europa mangelt es im Finanzmarktbereich häufig an unabhängigem Sachverstand. Ein Großteil der Experten steht bei Banken, Fonds oder anderen Finanzmarktakteuren in Lohn und Brot“, kritisiert der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann. „Kaum wird ein neues Regulierungsvorhaben diskutiert, melden sich Interessenvertreter der Industrie zu Wort und warnen vor dem Ende der freien Marktwirtschaft. Es gibt jedoch keine neutrale Instanz, um die Behauptungen der Lobbyisten zu überprüfen“, so der SPD-Europaabgeordnete Peter Simon.

Bullmann und Simon sehen die EU-Kommission in der Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen. Drei Punkte sind den Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang besonders wichtig: mehr finanzielle Mittel für unabhängige Experten, eine ausgewogenere Zusammensetzung von Expertengruppen der EU-Kommission sowie die Einführung eines Produkt-TÜVs zur unabhängigen Überprüfung von Finanzprodukten.

„Sowohl Verbraucher als auch politische Entscheidungsträger brauchen verlässliche Informationen von neutraler Seite. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn es ein echtes Gegengewicht zum Einfluss der Finanzlobby gibt“, hebt Bullmann hervor. Um die Diskussion in Gang zu bringen, haben die beiden Europaabgeordneten nun gemeinsam mit Kollegen einen fraktionsübergreifenden Aufruf unterzeichnet, der vor einem zu großen Einfluss der Industrie auf die Gesetzgebung warnt.

Rote Karte für kriminelle Vermittler

Spielervermittler sollen zukünftig einer strengen Prüfung unterzogen werden, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen können. Einen entsprechenden Entschließungsantrag hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet. Damit reagierte das Parlament auf eine Studie der EU-Kommission, die erhebliche kriminelle Tätigkeiten im Umfeld von Spielervermittlern registriert. Die SPD-Europaabgeordnete und sportpolitische Expertin Petra Kammerevert begrüßte das eindeutige Abstimmungsergebnis:

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

„Die Studie der Kommission macht deutlich, dass die undurchsichtigen Transfersysteme kriminellen Aktivitäten Vorschub leisten und die Arbeit von Spielervermittlern zu wenig kontrolliert wird. Das muss sich schleunigst ändern!“

Besonders besorgt ist die Sozialdemokratin über die Gefährdung gerade junger Spieler und der Gefahr, dass diese zu Opfern von Menschenhandel werden.

Das Parlament fordert daher den Ministerrat auf, auch seinen Kampf gegen kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Spielervermittlern, einschließlich Geldwäsche, Spielmanipulationen und Menschenhandel zu verstärken.

Ein EU-weites Lizenzierungssystem und ein offizielles Vermittlerregister sollen dafür sorgen, dass Spielervermittler zukünftig strenge Anforderungen erfüllen müssen, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen können. Notfalls solle dies durch eine entsprechende Richtlinie gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus fordert das Parlament harmonisierte Mindeststandards für Vermittlerverträge, ein Verbot der Entlohnung von Spielervermittlern im Falle von Transfers von Minderjährigen und ein wirksames Kontroll- und Disziplinarsystem.

Aufgelesen

„Die chinesischen Verbraucher sind sehr anspruchsvoll. Sie mögen Produkte ‚Made in China‘ nicht,“ hat der Chef eines italienischen Luxusartikel-Herstellers erkannt.

Terminhinweise

1. Juli

Was? Kommission Attali

Wo? Paris

5. Juli

**Was? Besuchergruppe
Helmholtz-Gymnasium
Karlsruhe**

Wo? Straßburg

7. Juli

**Was? Besuchergruppe
ASF Südbaden**

Wo? Straßburg

7. Juli

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium St. Michael
Schwäbisch Hall**

Wo? Straßburg

7. Juli

**Was? Besuchergruppe
Eberhard-Ludwigs-
Gymnasium Stuttgart**

Wo? Straßburg

8. Juli

**Was? Besuchergruppe
Hohenlohe-Gymnasium
Öhringen**

Wo? Straßburg

8. Juli

**Was? Besuchergruppe
Info-Point Europa Freiburg**

Wo? Straßburg

13. Juli, ab 18.00 Uhr

**Was? Sommerfest der SPD-
Landtagsfraktion**

Wo? Stuttgart, Platz beim
Haus der Abgeordneten

14. Juli

**Was? Empfang des französischen
Generalkonsulats zum
Nationalfeiertag**

Wo? Stuttgart-Bad Cannstatt

16. Juli, 19.00 Uhr

**Was? Nominierungskonferenz
SPD Wahlkreis Hohenlohe**

Wo? Krone Eschentel

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt
und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine schöne Sommerzeit und einen erholsamen Urlaub.

Das Europa-Aktuell meldet sich am 2. September zurück.

Herzliche Grüße